

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Imke Byl und Miriam Staudte (Bündnis 90/Die Grünen)

Geplante Abdeckung der Kalihalde Wathlingen – wasserrechtliches Einvernehmen des Landkreises steht aus: Droht eine weitere Weisung durch Umweltminister Lies?

Anfrage der Abgeordneten Imke Byl und Miriam Staudte (Bündnis 90/Die Grünen) an die Landesregierung, eingegangen am

Die Kalirückstandshalde Wathlingen des Betreibers Kali + Salz soll mit einem Mantel aus Bauschutt und mineralischen Abfällen abgedeckt werden. Nach Angaben des Landesbergamts (LBEG) soll das Planfeststellungsverfahren noch in diesem Frühjahr abgeschlossen werden. „In den kommenden Tagen werde der Landkreis formal gebeten, das noch ausstehende wasserrechtliche Einvernehmen für die zeitweilige Grundwasserabsenkung während des Baus des Regenwasserrückhaltebeckens herzustellen,“ berichtete die Cellesche Zeitung am 15.4.2020.

Der Landkreis hat das wasserrechtliche Einvernehmen bislang nicht erteilt. Der Kreistag hat die Entscheidung an sich gezogen. Aus Gründen des Corona-Infektionsschutzes wurde die Kreistagssitzung am 17. März abgesagt. Die nächste Kreistagssitzung ist erst für den 25. Juni vorgesehen.

Das LBEG hat bereits den vorzeitigen Baubeginn für die von K+S beantragte Steinbrechanlage erteilt, obwohl der Landkreis das wasserrechtliche Einvernehmen nicht hergestellt hatte. Erst in Reaktion auf die Proteste des Landkreises kündigte das Land im Nachhinein an, für ähnliche Fälle per Erlass zu regeln, dass das Einvernehmen mit dem Landkreis verpflichtend vorliegen muss (vgl. Antwort der Landesregierung, Drs. 18/4915)

Für die Genehmigung der Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerks Siegfried-Giesen wies Umweltminister Olaf Lies den Landkreis Hildesheim am 5.11.2018 per Minister-Erlass an, das wasserrechtliche Einvernehmen binnen zweiwöchiger Frist zu erteilen. Der Entscheidungsvorbehalt des Kreistages wurde damit übergangen.

1. Bestätigt die Landesregierung den Zeitplan, wonach mit einer Entscheidung im Planfeststellungsverfahren noch in diesem Frühjahr zu rechnen ist?
2. Respektiert die Landesregierung den Beschluss des Kreistags Celle, über das wasserrechtliche Einvernehmen zu entscheiden, insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitigen Einschränkungen in Folge des Corona-Infektionsschutzes?
3. Plant die Landesregierung, den Landkreis per Ministererlass anzuweisen, das wasserrechtliche Einvernehmen zu erteilen?

Imke Byl

Miriam Staudte